

Wolfgang Duchatzek

Vize-Gouverneur

Oesterreichische Nationalbank



Einführungsstatement

Sehr geehrte Damen und Herren, der heutige Vormittag widmet sich der Frage, was die nationale Wirtschaftspolitik in der Krise tun kann und soll und welche – vorläufigen – Lehren sich insbesondere auch spezifisch für Österreich bereits jetzt ziehen lassen. In Österreich kann man den bisherigen Krisenverlauf ungefähr in vier Phasen einteilen:

- **Phase 1:** Zwischen Mitte 2007 und der ersten Jahreshälfte 2008 waren zunächst nur vergleichsweise geringe Auswirkungen auf Österreich zu beobachten. Österreichische Banken hatten sehr geringe US-Subprime-Exposures. Die realwirtschaftlichen Zahlen blieben weiter – beinahe überraschend – gut.
- **Phase 2:** Ab Herbst 2008 bewirkte die internationale abrupte Verschärfung der Finanzkrise auch ein massives Übergreifen auf viele europäische Länder und auch auf Schwellenländer. Auch mehrere Länder in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) gerieten zunehmend unter Druck. Das österreichische – bislang sehr erfolgreiche und ertragreiche – Bankenengagement in Osteuropa rückt zunehmend ins Interesse. Internationale Hilfe für osteuropäische Länder war noch nicht in Sicht. Die Regierung begegnete der Krise durch ein umfassendes Bankensicherungspaket kombiniert mit entschlossenen Konjunkturstützungsmaßnahmen.
- **Phase 3:** Seit etwa Jahresbeginn ist klar, dass die Krise auch in Österreich eine tiefe Rezession mit sich bringt – wir müssen heuer mit etwa –4% realem BIP-Einbruch rechnen; was allerdings eine bessere Situation als in vielen anderen europäischen Ländern ist. Der Staatshaushalt wird sowohl beim Defizit

als auch bei der Schuldenquote deutlich leiden – vergleichbar wie in anderen EU-Ländern. Gleichzeitig wurden im ersten Quartal um-



fangreiche Unterstützungspakete des IWF und der EU für zentral- und osteuropäische Länder beschlossen, die den Ausblick für die Region deutlich verbessert haben.

- **Phase 4:** liegt vor uns – ich hoffe, sie wird von einem baldigen Aufschwung und einer Rückkehr zur *wirtschaftlichen Normalität* gekennzeichnet sein. Österreich ist gut gerüstet. Wir sind in die Krise von einer sehr guten wirtschaftlichen Ausgangslage mit ausreichend Reserven gestartet, um auch eine gewisse Durststrecke gut bewältigen zu können. Die über Jahrzehnte erprobte wirtschaftspolitische Problemlösungskapazität und die Einbettung des Landes in der EU und dem Euroraum bieten sehr gute Voraussetzungen dafür, dass Österreich aus dieser Krise gut meistert und das nach wie vor bestehende enorme Potenzial des geeinten Europa optimal nutzen kann.
- Es ist gerade in der aktuellen Periode großer Unsicherheit besonders wichtig, in *Szenarien und Optionen* für wirtschaftspolitische Antworten zu denken. Finanz-

system- *Stresstests*, wie wir sie für Österreich ja in der Vergangenheit immer wieder durchgeführt haben und wie sie jetzt auch EU-übergreifend im Gange sind, sind dabei eines von mehreren nützlichen Tools. Aber auch auf makroökonomischer Ebene ist es nützlich, in Szenarien über die weitere Entwicklung der Weltkonjunktur, der Finanzmärkte, Rohstoff- und Energiepreise und Erwartungen der Wirtschaftssubjekte zu denken.

- *Angemessene wirtschaftspolitische Antworten* stehen vor der schwierigen Herausforderung, mehreren, *teilweise konfligierenden Zielen* gleichermaßen gerecht zu werden. Zum einen sollen sie *unmittelbare Linderung der Krisensymptome* bringen. Dies ist absolut legitim bzw. teilweise unabdingbar, denken wir etwa an Programme zur Abfederung sozialer Härtefälle infolge



der Krise, an Hilfspakete für in Liquiditätsnot befindliche Unternehmen, an staatliche Eigenkapital-Bankenhilfspakete oder an die jüngsten unkonventionellen Maßnahmen des Eurosystems. Die unmittelbare Krisenhilfe kann aber auch notwendig sein, um *dauerhafte schwere Schäden für das Finanz- und Wirtschaftssystem zu vermeiden* – den-

ken wir etwa an den Verlust von Know-how und Arbeitskräften, an stillgelegte und nicht mehr aktivierbare Fabriken oder an desaströse Schäden von *Banken-Runs* oder – *Konkursen*. Gleichzeitig bedeuten die erheblichen fiskalischen Kosten der Rettungsprogramme aber eine *große Belastung für künftige Staats Haushalte*, die – etwa durch eine immer drückender werdende Steuerlast oder über künftig schlechtere staatliche Infrastrukturleistungen – Wachstum und Beschäftigung in der Zukunft nachhaltig behindern können. Es ist *wichtig, sich dieser Trade-offs bewusst zu sein*, vor ihnen nicht die Augen zu schließen, und durch *intelligente Krisenmaßnahmen* auch langfristig positive Wirkungen zu erzielen – Stichworte: Krise zur Aus- und Weiterbildung nutzen, Investition in erneuerbare Energien, Wärmedämmung, F&E sowie Infrastruktur.

Der heutige Vormittag zieht Lehren aus dem bisherigen Verlauf der Krise in Österreich und diskutiert mögliche wirtschaftspolitische Antworten.

- Wir werden uns zunächst in *Panel I* mit der Frage beschäftigen, inwieweit bzw. mit welchen Mitteln sich ein kleines, offenes Land wie Österreich gegen internationale Schocks schützen kann.
- *Panel II* wird auf die bisherigen Erfahrungen und auf Lehren der Bankenhilfspakete in Österreich eingehen.
- *Panel III* wird die in den letzten Monaten manchmal gestellte Frage behandeln, ob die österreichische Strategie in Osteuropa der letzten 10 bis 15 Jahre das Land möglicherweise einem *geographischen Klumpenrisiko* ausgesetzt hat oder ob sie nicht umgekehrt eine sinnvolle und nützliche Diversifizierung der vor-

- herigen Fokussierung auf Deutschland, Italien und wenige andere westeuropäische Wirtschaftspartner erreicht hat.
- *Panel IV* wird die Folgen der Krise für Österreichs Unternehmen und Arbeitnehmer und die Antworten der Wirtschaftspolitik diskutieren.